

Politische Neujahrsandacht zur Jahreslosung

„Ich glaube; hilf meinem Unglauben!“

Freundeskreis der St. Laurentius Kirche

11. Januar 2020 in Karlum

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder des Vereins der Freunde der St. Laurentius Kirche,

man erhält als Politiker eine Reihe von Einladungen zu Veranstaltungen, Vorträgen oder Diskussionen, aber eine Kirche ist als Ort nach wie vor ungewöhnlich, nicht zuletzt deswegen bin ich sehr gerne zu Ihnen nach Karlum gekommen. Sie haben in Ihrer Ankündigung betont, weder eine theologische Predigt noch bzw. schon gar nicht ein Parteiprogramm zu erwarten, sondern einen Gast, der seine ganz persönlichen Gedanken zur Jahreslosung 2020 teilt. Das will ich gerne tun, wobei ich nicht verhehle, dass es mir sicherlich etwas leichter fällt, dem ersten Teil Ihrer Anforderung gerecht zu werden.

Ohne Politik werden wir heute nicht auskommen, aber dieses Risiko hatten Sie bei Ihrer Einladung an mich bestimmt in Kauf genommen.

„Ich glaube; hilf meinem Unglauben!“

Die Jahreslosung für 2020 steht bei Markus im Kapitel 9, Vers 24.

Wir haben sie eben gerade im Kontext gehört. (Falls nicht: Erlauben Sie mir in aller Kürze, den Kontext herzustellen: Ein Vater sucht mit seinem Sohn, der unter epileptischen Anfällen leidet, Jesus auf, nachdem ihm die Jünger zuvor nicht helfen konnten. Er sagt zu Jesus: „Wenn du aber kannst, erbarme dich unser und hilf“.

Und Jesus antwortet ihm: „Du sagst: Wenn du kannst! Alle Dinge sind möglich dem, der da glaubt.“ Daraufhin ruft der Vater: „Ich glaube; hilf meinem Unglauben!“

Jesus treibt sodann den Geist aus, ergreift die Hand des Sohnes; er erhebt sich und ist geheilt.)

„Ich glaube; hilf meinem Unglauben“ – das ist ein schöner Ausgangspunkt für eine kurze Betrachtung zum Thema Glauben. Denn in der Kürze der Losung werden zwei Pole deutlich, Glaube und Unglaube. Dazwischen die Aufforderung: „Hilf“.

So ist es vermutlich bei vielen, Glaube braucht einen kleinen Anstoß, alleine an etwas zu glauben ist schwer.

Übrigens eine Feststellung, die sich auch auf die Politik übertragen lässt; wer wirklich etwas bewegen will, der muss bei sich selbst anfangen, aber er wird es in den seltensten Fällen alleine vollbringen können.

Was ist Glaube?

Während der Spötter Marc Twain schrieb „Glauben heiße auf etwas zu vertrauen, von dem man weiß, dass es nicht existiert“, halte ich es als evangelischer Christ eher mit Hermann Hesse, der gesagt hat „Glauben ist vertrauen – nicht wissen wollen.“

Beim Glauben gibt es mehr Parallelen zwischen der christlichen Welt und der Politik, als man auf den ersten Blick denken sollte. Glaube ist die feste Vorstellung, dass Dinge sich zum Guten wenden oder wenden lassen. Im christlichen Verständnis ist es die Gewissheit, dass Gott für uns einen wohlwollenden Plan hat und dass es für diese Gewissheit keiner Beweise bedarf. Der Theologe Dietrich Bonhoeffer hat das 1944 ebenso eingängig wie treffend formuliert: „Von guten Mächten wunderbar geborgen.“ Dieses Zitat hat nicht nur angesichts der Umstände, unter denen es Bonhoeffer kurz vor seiner Hinrichtung durch das Nazi-Regime formuliert hat, eine ungeheure Kraft und Zuversicht, und es kommt nicht von Ungefähr, dass es so oft bei Gottesdiensten Anwendung findet, bei denen wir von Menschen Abschied nehmen müssen.

Aber wir nutzen das Wort *Glauben* eben auch ganz alltäglich und profan um auszudrücken, dass wir daran glauben, dass eine Sache gelingt oder eine Person Erfolg hat.

In der Politik nutzen wir den Begriff Glauben immer dann, wenn wir etwas unterstreichen wollen und ein besonders kraftvolles Wort suchen. Vielleicht liegt es ja auch daran, dass wir insgeheim ziemlich genau wissen, wie wenig wir eigentlich wissen. Und das gilt allemal in dieser 24-Stunden-Google-Gesellschaft mit all ihrem Halbwissen und der ganzen Orientierungslosigkeit, die damit einhergeht.

Aber im Regelfall verwenden wir den Begriff eben auch dann – und das ist kein Zufall – wenn wir etwas Positives formulieren wollen. Das zeigt: Der Kern von Glauben ist positiv und vor allem auch optimistisch.

Darum spielt Glauben auch für unsere Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Im Privaten, Beruflichen, im Sport (ich bin HSV-Fan), für die Gemeinschaft, in der Gemeinde, der Partei, im Großen oder Kleinen: Wir übernehmen immer dann Verantwortung, wenn wir glauben, dass Dinge sich zum Guten wenden lassen, dass in der Zukunft etwas liegt, für das zu engagieren sich lohnt.

Wohin führt fehlender Glaube/ Optimismus?

Aber umgekehrt gilt leider auch: Wem dieser Optimismus oder Glaube fehlt, der hat wenig Motivation sich über das unbedingt notwendige hinaus einzubringen oder zu engagieren.

Bei allem bewundernswerten Engagement, das wir nie geringschätzen sollten, sind es längst nicht mehr nur die Parteien oder Gewerkschaften, die sich mit sinkenden Mitgliedszahlen auseinandersetzen müssen, aber auch damit, dass immer weniger bereit sind, ehrenamtlich Verantwortung zu übernehmen. Ebenso trifft es die Kirchen, Vereine, Feuerwehren, Volkshochschulen... die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Vielleicht sind das Spätfolgen des langjährigen Zeitgeistes von Egoismus, Privatisierung, „Geiz-ist-geil“-Mentalität und Anti-Allgemeinwohllhaltung, die Verheerungen in den Köpfen hinterlassen haben.

Ich glaube, dass es kein Zufall ist, wenn immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft sich gleichzeitig über diese Entwicklung beklagen, dass das Klima rauer wird und keineswegs nur in den sogenannten Sozialen Medien der Umgang ruppiger, das Gemeinsame verloren geht. Denn wem der Glaube an eine bessere Zukunft fehlt, dem wird es in der Gegenwart leicht zu eng, weil die Ausflucht fehlt.

Und aus dieser Enge resultiert oft eine Resignation bzw. Frustration, die nicht nur im stillen Kämmerlein ausgetragen, sondern an den Mitmenschen ausgelassen wird.

Ich meine das zuerst einmal nicht auf die Politik bezogen – was wir dort beobachten ist oftmals nur die Spitze des Eisbergs – sondern im ersten Schritt auf das alltägliche Erleben. Jeden Sommer bin ich eine Woche auf Sommerreise. Immer mit einem anderen Thema und besuche verschiedene Einrichtungen und Menschen.

Im vergangenen Juni habe ich die Zeit unter anderem genutzt, um einen Kundenbetreuer im Nahverkehr – früher hätten man Schaffner gesagt – auf der Zugstrecke von Kiel nach Hamburg zu begleiten. Man mag kaum glauben, womit er jeden Tag konfrontiert wird:

Pöbeleien und Frustabbau sind Tagesgeschäft, Beleidigungen regelmäßig an der Tagesordnung, selbst körperliche Übergriffe keine Einzelercheinung mehr. Erschreckend, aber - so befürchte ich – ein Stück weit auch symptomatisch für etwas, das sich auf viele andere Bereiche übertragen lässt.

Und im zweiten Schritt hat es eben auch eine politische Dimension: Frustration spricht auch aus vielen der Debatten, die wir heute erleben.

Bei denen es eben nicht um Lösungen für komplexe Probleme geht, sondern darum, in möglichst kurzer Zeit eine möglichst simple Schuldzuweisung zu präsentieren: Die Flüchtlinge waren es. Der linke Mainstream. Der Feminismus. Die anderen. Die, nicht wir.

Eine Partei, die diese gefährliche Methode nahezu perfektioniert hat, sitzt mittlerweile in allen deutschen Parlamenten – in erschreckender Größe. Manche bösen Geister der Vergangenheit zeigen sich erneut.

Das kann uns nicht gleichgültig lassen, das dürfen wir nicht hinnehmen.

Mindestens ebenso besorgniserregend finde ich aber eine Haltung, die mittlerweile bis weit hinein in die sogenannte politische Mitte salonfähig geworden ist. Im besten Fall ist es eine offensiv formulierte Gleichgültigkeit gegenüber Politik, oftmals reicht es bis hin zur Politikverachtung.

Die Schriftstellerin Juli Zeh hat das vor ein paar Wochen in einer Rede in Köln treffend formuliert:

„Politikverdrossenheit wurde zur mehrheitsfähigen Politikverachtung, indem sich der Einzelne nicht nur cool abwandte, sondern sich mit gerecktem Zeigefinger höhnisch über den politischen Betrieb erhob.“

Da wird es dann gefährlich, denn es geht am Ende um Wohlstand, Frieden und unsere Demokratie

Früher war eben nicht alles besser

Diese Verachtung funktioniert auch deshalb, weil auf eine Zeit verwiesen wird, in der die Dinge vorgeblich besser waren. Die Politiker klüger und charismatischer, die Probleme lösbarer, die Menschen glücklicher, kurzum: die Welt ein Stück heiler. Wir alle wissen, dass das nicht stimmt: Die Klage über die nächste Generation und die angebliche Dekadenz gibt es seit 2000 Jahren.

Objektiv ist das – gemessen an den Statistiken – für Deutschland kaum haltbar. Die Lebenserwartung von Frauen lag 1960 bei unter 70 Jahren, heute bei weit über 80 – und gleichzeitig sind viele 80-Jährige heute fit wie früher die 60-Jährigen. 1950 machten fünf Prozent der Schüler ihr Abitur, Aufstieg durch Bildung war quasi nicht möglich, heute ist rund die Hälfte der Schulabgänger studienberechtigt.

Noch Ende der 60er-Jahre wurde öffentlich davor gewarnt, sich im Rhein auch nur die Hände zu waschen, so verdreckt war er. Heute kann man darin gefahrlos baden. Und ein solcher Trend zeigt sich auch global: Heute leben rund 800 Millionen Menschen weltweit in extremer Armut.

Ohne Zweifel eine erschreckende und viel zu hohe Zahl. Allein, 1980 waren es noch rund doppelt so viele.

Wer heute wie ich auf 60 Jahre zurückblicken kann voller medizinischer Fortschritte, ohne Hunger, ohne Krieg, der muss sich eingestehen, dass es bislang zumindest bei uns keiner Menschheitsgeneration besser ging. Und das ist nicht nur ein Privileg, sondern vor allem eine große Verantwortung dafür, dass auch anderen dieses Privileg zuteil wird.

Kriege, Terror, Klimaerwärmung, wachsende soziale Ungleichheit: Der Welt geht es ohne Frage nicht gut.

Aber es ging ihr eben in vielen Bereichen auch schon bedeutend schlechter. Und wir stehen in Deutschland ohne jede Frage vor riesigen Herausforderungen:

gute Pflege in Zeiten des demographischen Wandels, bezahlbares Wohnen, anständig bezahlte Jobs, die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums – nicht nur in Nordfriesland.

Viel zu tun, aber gerade, wenn ich noch einmal auf Dietrich Bonhoeffer zurückkomme – sind die Anforderungen für uns heute viel leichter zu bewältigen und es gibt keinen Grund zum Jammern und Verzagen, aber jeden Grund, die Ärmel aufzukrempeln und etwas zu tun.

Fragt man die Deutschen heute jedoch, in welcher Zeit sie am liebsten leben möchten, zeigt sich nur wenig Zukunftslust:

62 Prozent der Deutschen wollen lieber heute als 2065 leben, 26 Prozent sind unentschieden, nur zwölf Prozent würden gerne tauschen und in der Zukunft leben.

Ich neige hoffentlich an dieser Stelle nun nicht selbst zur Verklärung der Vergangenheit, habe aber schon den Eindruck, dass sich an der Art, wie wir auf die Zukunft schauen und darüber sprechen, etwas geändert hat.

Es ist pessimistischer geworden, wir lieben die düsteren Prophezeiungen, fast als gäbe es einen Automatismus in den Abstieg. Alles wird immer weiter immer schlechter – zumindest aber schlechter geredet. Und das unabhängig davon, ob es bislang wirklich schlechter wurde.

Mir wird gelegentlich nachgesagt, dass meine eigene Fröhlichkeit ausbaufähig sei, aber in Wirklichkeit bin ich ein großer Optimist, sonst hätte ich sicher einen anderen Beruf gewählt.

Die Dinge lassen sich zum Guten wenden

Viele von Ihnen kennen sicherlich das Konzept der selbsterfüllenden Prophezeiung. Wird ein Zustand oft genug beschworen, dann wird er irgendwann zur Realität, die Psychologie kann das sogar wissenschaftlich nachweisen.

Und genau das ist die Gefahr vieler aktueller Debatten: Wird der Glaube, dass Dinge sich zum Guten wenden lassen, zu schwach, dann tritt ein, was doch eigentlich niemand will.

Dabei sind Entwicklungen beinahe nie alternativlos und es liegt an jedem von uns, etwas zu ändern.

Wir haben jeden Tag wieder die Möglichkeit, unser Handeln an moralischen Maßstäben zu messen.

Wir können versuchen, objektiv gut zu handeln und eben nicht den Trumps dieser Welt nachzueifern, die vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht sind. America first, Hungary first oder Nordfriesland first – das taugt alles nichts.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit verlangen multilaterale Lösungen und globale Gerechtigkeit fängt vor unserer Haustür an.

Und das gleiche gilt auch für unsere Gesellschaft, die immer noch besser werden kann, als sie es ist.

Und erlauben Sie mir den kurzen Exkurs: Ich komme aus einer Partei, für die das immer oberstes Credo war, auch wenn es manchmal ein wenig in den Hintergrund tritt. Der ehemalige schwedische Ministerpräsident Olaf Palme hat es einmal so formuliert: „Sozialdemokratische Politik heißt Veränderungen wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen.“ Ich finde, da steckt im positiven Sinn eine Menge Glauben drin, wer Kleines bewirken will, muss auf Großes hoffen. Und noch etwas war in der Vergangenheit meiner Partei wichtig, auf das eine Rückbesinnung lohnt: Wer die Dinge zum Besseren wenden will, der darf weder zu klein noch zu groß denken.

Denn es braucht immer beides, die Veränderungen im Großen, wenn es um die Rettung des Klimas oder den Frieden geht, aber eben auch die konkreten Verbesserungen im Leben der Menschen. Und damit meine ich ganz bewusst diejenigen Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Denn wer nicht weiß, wie er am Ende des Monats die Miete bezahlen soll, der bringt wenig Verständnis für die Klimaziele des Jahres 2045 auf und dem ist deswegen auch kaum ein Vorwurf zu machen.

Einsamkeit im Alter oder schwere Krankheit, das betrifft viele und wir müssen wieder lernen, uns um diese Menschen mehr zu kümmern. In der Kirche, im Dorf, in den Volksparteien.

Aber wenn es gelingt, das Große und Kleine in Übereinstimmung zu bringen, dann ist viel möglich. Gemeinsam kann man auch gegen die mächtigen Interessen bestehen, man kann mehr, als man mit den eigenen Kräften vermag. Ich selbst habe als junger Mensch mit vielen anderen gegen Atomenergie und Rüstungswettlauf demonstriert, und das hatte doch Erfolg.

Und es gibt noch einen guten Grund, den Glauben nicht zu verlieren. Den Glauben daran, dass Dinge sich zum Guten wenden und dass der Mensch sie zum Guten wenden kann und auch will. Wir haben das Privileg in einer Demokratie zu leben, mittlerweile seit über 70 Jahren. Über Jahrhunderte gegen große Widerstände von mutigen Frauen und Männern hart erkämpft und alles andere als eine Selbstverständlichkeit, wie der Blick in die deutsche Geschichte zeigt. Aber für die Demokratie braucht es einen besonderen Schlag von Menschen.

Friedrich Ebert, das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt, hat es auf den Punkt gebracht: Demokratie braucht Demokraten.

Und Demokraten müssen bereit sein, an Verbesserungen zu glauben, aber auch an ihre Mitbürger. Denn Demokratie funktioniert nur gemeinsam.

Seit einigen Jahren ist das Wort „Gutmenschen“ in bestimmten Kreisen zu einem Schimpfwort geworden. Das sagt vor allem etwas über diejenigen, die es derart gebrauchen. Denn was wäre die Alternative? Schlechtmensch?

Ich bin überzeugt, dass wir mehr Menschen brauchen, die glauben, dass sie gemeinsam mit ihren Mitmenschen die Welt ein Stück besser machen können. Eine Art Gewissheit ohne Beweise, das für wahr zu halten, was wir nicht sehen können. Menschen, die andere davon überzeugen, die aber auch nicht zögern, andere um Hilfe zu bitten, ganz im Sinne der Jahreslosung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.